



---

„Globale Demokratie“

**1. Folgen der Globalisierung für die Demokratie**

Die seit dem Zweiten Weltkrieg ständig gewachsene Zahl von internationalen Institutionen hat zu einem Bedeutungsverlust nationaler Grenzen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Transaktionen geführt, der wiederum eine Vermehrung und Vertiefung von internationalen Institutionen zur Folge hatte. Diese Entwicklung hat weit reichende Folgen für die Demokratie. Zwar sind die an internationalen Verhandlungen beteiligten Regierungen demokratischer Länder grundsätzlich durch ihre Wählerschaften legitimiert, die Verlagerung von Entscheidungen auf die internationale Ebene hat jedoch zur Folge, dass Legitimationsketten immer länger werden und die Transparenz von Entscheidungsprozessen abnimmt. Um zu verhindern, dass das System der Global Governance (siehe „Der Aktuelle Begriff“, Nr. 8/99) Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten verwischt und die politische Kontrolle der Entscheidungsträger erschwert, muss die Demokratie daher über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus weiterentwickelt werden, indem man für die nationalstaatlichen Verfahren, die die Legitimität und Effektivität der Politik sichern sollen, Äquivalente auf transnationaler Ebene schafft.

Fragen danach, wie gravierend das Demokratiedefizit internationaler Institutionen ist und wie die Perspektiven einer Demokratisierung einzuschätzen sind, werden je nach demokratietheoretischer Grundorientierung unterschiedlich beantwortet. Wie weit hier die Auffassungen auseinander gehen, zeigt sich exemplarisch an den unterschiedlichen Einschätzungen der supra-staatlichen Institutionen der Europäischen Union. So findet man auf der einen Seite die Auffassung, dass mit der europäischen Integration auch die demokratischen Institutionen sukzessive mit gewachsen seien und die EU heute die ursprünglich nationalstaatlich organisierte demokratische Kontrolle auf einer höheren regionalen Ebene realisiere (Kaiser). Auf der anderen Seite wird gerade umgekehrt der Vorwurf erhoben, die EU unterminiere die Standards der Demokratie, die in den Mitgliedstaaten erreicht worden seien, weil sie bis heute ein primär intergouvernementales Projekt geblieben sei, das weder über eine politische Gemeinschaft noch über eine Verfassung oder echte europäische Parteien verfüge (Greven). Diese Spannweite kennzeichnet auch die Diskussion über „Globale Demokratie“.

**2. Chancen einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen**

Skeptische Demokratietheoretiker sehen in der Entwicklung der Global Governance vor allem eine Gefahr und ein kaum lösbares Problem für die Demokratie. Sie halten zwar die demokratische Selbstbestimmung für die einzig tragfähige Legitimationsbasis der Politik, sehen jedoch auf absehbare Zeit eine demokratische Legitimität oberhalb des Nationalstaates als nicht realisierbar an. Vertreter von internationalen Demokratisierungskonzepten schlagen dagegen vor, die Chancen einer national entgrenzten Demokratie auszuloten. Da sich die Demokratie in neuerer Zeit zu einer nahezu universalen politischen Norm entwickelt habe, treten sie dafür ein, diese Norm auch auf die internationalen Institutionen anzuwenden. Je größer die Eingriffstiefe und die Auswirkungen der internationalen Institutionen auf die nationalen Gesellschaften werden, desto mehr gewinne die Forderung nach deren Demokratisierung an Berechtigung. Die am weitesten gehenden Vorschläge postulieren dabei die Notwendigkeit und Möglichkeit der Etablierung einer „kosmopolitischen Demokratie“. Danach könnte eine zunächst nur lose verbundene globale Konföderation im Laufe der Zeit enger zusammenwachsen und so einem multikulturellen, demokratischen Weltstaat näher kommen.

Die Realisierung einer solchen Vision ist jedoch in hohem Maße voraussetzungsvoll. Eine echte politische Union auf regionaler oder Weltebene würde dasselbe Bewusstsein einer gemeinsamen Zugehörigkeit erfordern, das auch den bestehenden politischen Gemeinschaften in Nationalstaaten zugrunde liegt. Versuche zur Herstellung von demokratischer Legitimation auf internationaler Ebene werden daher von Vertretern der skeptischen Position als unrealistisch eingestuft. Eine politische Gemeinschaft könne nur aufgrund von Gemeinsamkeiten entstehen, die jenseits des Nationalstaats nicht gegeben und auch nicht herstellbar seien. Gespalten durch Sprache, Rasse, Volkszugehörigkeit, Religion und Kultur erscheinen die verschiedenen Völker der Welt wenig geeignet, um als demokratische Öffentlichkeit im Einflussbereich eines weltweit gemeinsamen Gefüges von politischen Institutionen zu fungieren. Befürworter des Konzeptes verweisen demgegenüber auf die Möglichkeit, dass sich eine transnationale politische Gemeinschaft in einem langen historischen Prozess entwickeln könnte. Neue Kommunikationstechnologien wie das Internet machten es möglich, eine globale Öffentlichkeit und eine Zivilgesellschaft auf globaler Ebene aufzubauen und damit die Demokratie in den internationalen Beziehungen voranzutreiben.

### **3. Vorschläge zur institutionellen Reform von Global Governance**

Anders als das Konzept der „kosmopolitischen Demokratie“ ist die Mehrzahl der Reformvorschläge zur Demokratisierung von Global Governance von einem Geist pragmatischen Experimentierens geprägt. Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass sich ein ideales Modell von Global Governance nicht auf die Vermehrung internationaler Institutionen und die Verbreitung der Prinzipien des Multilateralismus beschränken, sondern sich auch auf ein verstärktes Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene stützen sollte. Aufgrund ihrer Orientierung an allgemein anerkannten Normen und Werten und ihrer Anbindung an gesellschaftliche Bewegungen seien NGOs in der Lage, durch die Offenlegung von Missständen und die Mobilisierung der öffentlichen Meinung maßgeblich zu einer Demokratisierung von transstaatlichen Räumen und Global Governance beizutragen. Dieser Argumentation wird jedoch entgegen gehalten, dass den NGOs die demokratische Legitimation für eine Kontrolle internationaler Entscheidungsgremien fehle. Als Alternative oder auch als Ergänzung zur Stärkung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure wird daher diskutiert, den intergouvernementalen Gremien eine parlamentarische Vertretung auf internationaler Ebene an die Seite zu stellen und damit ein repräsentatives Organ für die Weltbürgerschaft zu schaffen. Dieses Organ, das auf der Ebene der Vereinten Nationen (VN) anzusiedeln wäre, soll auch die demokratiethoretisch problematische formale Gleichheit der Staaten in der Generalversammlung der VN ausgleichen. Einige der entsprechenden Vorschläge beinhalten eine United Nations People's Assembly (UNPA), die sich auf Prinzipien der repräsentativen Demokratie gründen und als parallele Körperschaft neben der Generalversammlung fungieren würde. Den meisten Konzepten zufolge würde die UNPA die demographischen Realitäten der verschiedenen Länder widerspiegeln. Kritiker wenden allerdings ein, dass auch für die Realisierung dieses Modells grundlegende Voraussetzungen wie etwa eine echte gewaltenteilige Struktur der internationalen Politik fehlten.

#### Quellen:

Archibugi, Daniele/Held, David (Hrsg.) 1995: *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*, Cambridge/Oxford.

Greven, Michael Th./Pauly, Louis W. (Hrsg.) 2000: *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*, Lanham/Boulder/New York/Oxford.

Kaiser, Karl 1998: Globalisierung als Problem der Demokratie, in: *Internationale Politik*, 53. Jg., Nr. 4, S. 3-11.

Patomäki, Heikki/Teivainen, Teivo 2004: *A Possible World. Democratic Transformation of Global Institutions*, London/New York.

Zürn, Michael 2003: Global Governance in der Legitimationskrise?, in: Claus Offe (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt a. M./New York, S. 232-256.

Verfasser: ORR Prof. Dr. Thomas v. Winter, Fachbereich II - Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe